

DER STANDARD

Minderheitenrechte

"Der Standard" vom 25.01.2007
Ressort: KDA

Seite: 35

Abend, Morgen
PAUL LENDVAI

Bronisław Geremek, angesehener polnischer, liberaler Europa-Abgeordneter und früherer Außenminister mahnte kürzlich in einem Zeit -Interview: "Wenn wir es nicht schaffen, die politischen Emotionen der Bürger in die Demokratie zu integrieren, haben wir das Spiel schon verloren. Jede Regierung ist nach ihrer Fähigkeit zu beurteilen, das Leben der Schwächsten und Ärmsten zu verbessern."

Es geht dabei nicht nur um soziale Gerechtigkeit, sondern auch um die Minderheitenrechte, zumal die Populisten von Serbien bis Rumänien, von der Slowakei bis Polen und Ungarn dann besonders gefährlich sind, wenn sie nationalistisch auftreten. Zu Recht wies der seinerzeitige Vordenker der polnischen Bürgerrechtsbewegung auch darauf hin, dass der Nationalismus aus politischen und historischen Gründen in Mitteleuropa eine Sache der Mehrheit sei.

Seit dem europäischen Einigungsprozess ist der Umgang mit nationalen Minderheiten und Volksgruppen keine ausschließliche Angelegenheit der Nationalstaaten mehr. Resolutionen und Richtlinien der Vereinten Nationen, der EU, der OSZE und des Europarats sollen überall gelten. Auch beim Ringen um die Zukunft des Kosovo geht es nicht nur um das Recht der albanischen Mehrheit auf Selbstbestimmung, sondern auch um die Minderheitenrechte der in der Krisenprovinz noch verbliebenen Serben.

Das Lehrbeispiel Jugoslawien legt nahe, scheinbar unbedeutende Streitigkeiten zwischen einer Staatsnation und einer nationalen Minderheit, vor allem wenn diese mit der Unterstützung ihrer Mutternation rechnen kann, nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Deshalb verdient auch die Unruhe in den Reihen der ungarischen Hochschullehrer und Studenten in Siebenbürgen, vor allem an der Babes-Bolyai-Universität in Cluj internationale Beachtung.

Obwohl der Bevölkerungsanteil der Ungarn (rund 1,5 Millionen) 6,6 Prozent der Gesamtbevölkerung Rumäniens beträgt, sind nur 4,4 Prozent der Studenten ungarischer Herkunft. Bloß 1,6 Prozent können in ihrer Muttersprache studieren.

Unterstützt von 80 angesehenen internationalen Wissenschaftern und mit dem Hinweis auf die Existenz ähnlicher Hochschulinstitutionen für Minderheiten in Finnland, Schweden, Spanien, Mazedonien und der Slowakei fordern die ungarischen Professoren und Studenten die Wiederherstellung der traditionsreichen Bolyai-Universität für die rund 6000 Studenten

ungarischer Volkszugehörigkeit. Diese wurde 1959 vom kommunistischen Regime abgeschafft bzw. mit der rumänischen Babes-Universität "vereinigt."

Zwei junge Dozenten, der Physiker Peter Hantz und der Mathematiker Lehel Kovács wurden kürzlich unter einem fadenscheinigen Vorwand in Cluj fristlos entlassen, weil sie Proteste organisiert hatten. Der formelle Entlassungsgrund war der Vorwurf, dass die beiden ungarischen Hochschullehrer in einigen Universitätsgebäuden ungarische Aufschriften angebracht hatten.

Die zwei gemäßregelten Dozenten entlarvten dieser Tage auch in Wien mit einer Fülle von Beweisen, dass von einer der EU-Mitgliedschaft würdigen "Multikulturalität" und "Dreisprachigkeit" etwa an der Bolyai-Babes-Universität keine Rede sein kann und dass die Gleichberechtigung und die Minderheitenrechte der ungarisch-sprachigen Universitätslehrer und Studenten in Cluj (und nicht nur dort) nicht respektiert werden.

Der symbolträchtige Fall der Babes-Bolyai-Universität und die Maßregelung der mutigen Bürgerrechtsaktivisten belasten nicht nur die rumänisch-ungarischen Beziehungen. Sie lassen auch den neuen EU-Mitgliedsstaat in einem schiefen Licht erscheinen.